

KONFLIKTE UM BILDUNG UND DIE ZUKUNFTSFÄHIGKEIT DER DEMOKRATIE

Herrschaft der Gebildeten?

Die Frage, was Bildung und Demokratie miteinander zu tun haben, hätten viele BürgerInnen vor etwas mehr als hundert Jahren klar zu beantworten gewusst. In vielen Bundesstaaten der USA etwa gab es um 1900 noch Alphabetisierungstests (also Lese- und Schreibtests), deren positive Absolvierung Voraussetzung dafür war, als Wähler registriert zu werden. Von dem daraus resultierenden Ausschluss waren – wenig überraschend – überdurchschnittlich viele Nicht-Weiße betroffen.¹

Ein solcher Bildungszensus existierte in Europa zwar nur in wenigen Ländern – häufiger waren Einkommen, Vermögen und Steuerleistung die entscheidenden Kriterien und beinahe nirgendwo durften Frauen vor 1900 wählen –, doch auch in der österreichischen Wahlrechtsdebatte des 19. Jahrhunderts spielte Bildung eine Rolle. Wiederholt forderten VertreterInnen des Bürgertums ein Wahlrecht, das an Lese- und Schreibfähigkeiten gebunden sein sollte. Dass damit vor allem ArbeiterInnen sowie Bäuerinnen und Bauern von der Mitbestimmung ausgeschlossen werden sollten, ist klar.² Das österreichische Wahlrecht legte aber letztlich andere Kriterien der Exklusion und Mittel zur unterschiedlichen Stimmgewichtung fest.

Die Überzeugung, dass nur Gebildete politisch partizipieren sollten, fand auch Niederschlag in der modernen Demokratietheorie.

- 1 Hedwig Richter/Hubertus Buchstein, Einleitung: Eine neue Geschichte der Wahlen, in: Hedwig Richter/Hubertus Buchstein (Hg.), *Kultur und Praxis der Wahlen. Eine Geschichte der modernen Demokratie*. Wiesbaden 2017, S. 1–27, hier S. 18.
- 2 Karl Ucakar, *Demokratie und Wahlrecht in Österreich. Zur Entwicklung von politischer Partizipation und staatlicher Legitimationspolitik*. Wien 1985, S. 95–98 und S. 239.

John Stuart Mill etwa, ein fortschrittlicher Denker, der sich schon Mitte des 19. Jahrhunderts für das Frauenwahlrecht einsetzte, befürwortete den Ausschluss der Ungebildeten explizit. Seiner Ansicht nach war die Schulpflicht eine unabdingbare Voraussetzung für das allgemeine Wahlrecht.³ Heute existiert für gewöhnlich in Demokratien eine allgemeine Schulpflicht, der Ruf nach Ausschluss der Ungebildeten von der politischen Teilhabe ist deshalb aber noch nicht verhallt. So trat erst vor wenigen Jahren ein US-amerikanischer Philosoph und Politikwissenschaftler in einem Buch mit dem bemerkenswerten Titel *Gegen die Demokratie* offen dafür ein, dass politisch Unwissende nicht mehr wählen können sollten.⁴

Bildung war aber nicht nur ein Instrument der Exklusion in der Geschichte des modernen Wahlrechts. Auch bei existierendem allgemeinem Wahlrecht hängt politische Partizipation vom Bildungsniveau ab beziehungsweise sind Bildungsabschlüsse eine wichtige Variable: Ob jemand sich politisch beteiligt, wie häufig er oder sie das tut, wie intensiv die Beteiligung ist und welche Formen der Partizipation praktiziert werden, das alles wird nicht nur, aber auch von Bildung bestimmt. In zahlreichen empirischen Studien ist dieser Zusammenhang aufgezeigt worden. Demokratie, argumentierte etwa die deutsche Politikwissenschaftlerin Petra Böhnke schon vor vielen Jahren, bedeute für viele Menschen vor allem eines: Partizipation. Damit sei aber nicht nur die Wahlbeteiligung oder etwa die Mitgliedschaft in einer politischen Organisation gemeint. Partizipation habe »viele Gesichter – von der Unterschriftenaktion bis zur Demonstration, von punktuellen themenspezifischen Aktivitäten bis zur langjährigen Gewerkschaftsarbeit. Auch freiwilliges Engagement in Vereinen, Verbänden oder bei kirchlichen und sozialen Trägern gehört dazu und zählt zu den immer wichtiger werdenden Stützpfeilern eines demokratischen Gemeinwesens«. ⁵ Böhnke weist nun darauf hin, dass die empirischen Befunde⁶ seit Jahrzehnten zeigen, dass

3 Hedwig Richter, *Moderne Wahlen. Eine Geschichte der Demokratie in Preußen und den USA im 19. Jahrhundert*. Hamburg 2017, S. 480.

4 Jason Brennan, *Gegen Demokratie. Warum wir Politik nicht den Unvernünftigen überlassen dürfen*. Berlin 2017.

5 Petra Böhnke, Ungleiche Verteilung politischer Partizipation, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 1–2 (2011), S. 18–25, hier S. 18.

6 Böhnke greift in diesem Beitrag auf SOEP-Daten zurück und stellt damit eigene Berechnungen an. Die Studie des Socio-Economic Panel (SOEP) ist eine

politische und zivilgesellschaftliche Partizipation von »individuellen sozio-ökonomischen Ressourcen« abhängen. Die höchsten Beteiligungsraten haben bildungs- und einkommensstarke Teile der Bevölkerung.

»Hier, und nicht bei sozial Benachteiligten, denen die Verbesserung ihrer Lage ein besonderes Anliegen sein müsste, findet Interessenvertretung statt. Diese Schieflage verschärft sich durch den Anstieg unkonventioneller Teilnehmungsformen, da diese eine höhere Hemmschwelle mit sich bringen und von sozial Schwachen noch seltener als konventionelle (wie zum Beispiel zur Wahl gehen) genutzt werden. Bestehende Ungleichheiten werden auch durch sinkende Wahlbeteiligung verstärkt, weil es in erster Linie sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen sind, die der Wahlurne fern bleiben. Gleichheits- und Gerechtigkeitsinteressen sind also im doppelten Sinne verletzt, wenn wenige Ressourcen mit wenig politischer Macht einhergehen.«⁷

Welche Rolle spielt das Verhältnis von Demokratie und Bildung, spielt politische Bildung, in der österreichischen Demokratiegeschichte?

Erziehung zur Demokratie in der Ersten Republik

Die Ausrufung der Republik am 12. November 1918 hatte für das Bildungs- und speziell für das Schulsystem unmittelbare Folgen. Denn vor 1918 waren Treue und Loyalität zur Monarchie und zum Herrscherhaus ein klares Erziehungsziel. Nun aber gab es die demokratische Republik und das Volk war der Souverän. Die Erziehung zur Demokratie wurde damit auch zu einer Aufgabe der Schule. Die Schulreform der Zwischenkriegszeit ist untrennbar mit dem Namen Otto Glöckel verbunden. Glöckel leitete von 1919 bis 1920 die Unterrichtsagenden im Staatsamt für Inneres und Unterricht und stand von 1922 bis 1934 an der Spitze des Wiener Stadtschulrats. Seine Leitlinien waren die Modernisierung und die Demokratisierung von Bildung und Erziehung. Auch deswegen richtete er eine Schulreformabteilung ein, die er vor allem mit pädagogischen Experten besetzte.

Langzeitstudie privater Haushalte, die vom Deutschen Wirtschaftsforschungsinstitut durchgeführt wird.

7 Ebd., S.19.

Nach dem Ausscheiden der SDAP aus der Bundesregierung – die Auflösung der Koalition erfolgte im Juni, die Neuwahlen fanden im Oktober des Jahres 1920 statt – begann eine Periode der Bildungspolitik, die als schulpolitischer Dualismus bezeichnet wird. Damit ist gemeint, dass es zwei konkurrierende Schulpolitiken gab, nämlich jene der Stadt Wien, die ab 1922 ein eigenes Bundesland war, und jene des Bundes. Zwischen diesen mussten Kompromisse gefunden werden.

Die Glöckel'sche Schulreform basierte auf drei Eckpfeilern: Die *Einheitsschule* war eine gemeinsame Schule vom ersten bis zum achten Schuljahr. In Wien gab es diese Einheitsschule an sechs Versuchsschulen. Die *Schulgemeinde* bedeutete eine Mitwirkung der SchülerInnen an der Schulverwaltung, insbesondere an Fragen des Schulgeschehens außerhalb des Unterrichts. Freilich richtete nur ein Teil der Wiener Schulen solche Schulgemeinden ein und selbst von diesen waren viele in ihrer Wirksamkeit begrenzt. Der *Arbeitsunterricht* wiederum bedeutete eine Abkehr vom autoritären Frontalunterricht, eine Konfrontation der SchülerInnen mit Aufgaben und Problemstellungen, die sie mehr oder weniger selbstständig bearbeiten sollten.⁸

Inwieweit war das Verhältnis von Bildung und Demokratie durch die Schulreform betroffen? Zumindest zwei Bereiche müssen voneinander unterschieden werden. Zum einen die Ebene der Schulverwaltung und der Schulorganisation. Glöckel wollte eine demokratische Struktur durch die Schaffung neuer organisatorischer Formen ermöglichen (etwa durch die Einrichtung der Schulreformabteilung, von Elternvereinen, von Schulgemeinden etc.), die letztlich allen beteiligten Gruppen gewisse Mitsprachemöglichkeiten eröffnen sollten. Zum anderen hieß Demokratisierung der Schule, nicht mehr Untertanen, sondern freie StaatsbürgerInnen zu erziehen, und dieser Ansatz musste sich unmittelbar im Unterricht niederschlagen.

Der sozialdemokratische Lehrer und spätere niederösterreichische Landesschulinspektor Leopold Scheuch machte bereits im März 1919 bei einem Vortrag vor der Pädagogischen Gesellschaft in Wien deutlich, dass es in der demokratischen Republik zu einer »Demokratisierung des Schulwesens« kommen müsste. Eine demokratisch organisierte Schulverwaltung, die Beteiligung der Lehrerschaft sowie

8 Erik Adam, *Die Schul- und Bildungspolitik der österreichischen Sozialdemokratie in der Ersten Republik: Entwicklung und Vorgeschichte*. Wien 1983, S. 284–298.

die Berücksichtigung der Interessen der SchülerInnen waren deren Eckpunkte.⁹ Ähnlich wie in dem viel zitierten Satz von Oskar Negt, wonach Demokratie die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung ist, die *gelernt* werden muss,¹⁰ verwies Scheuch darauf, dass eine demokratische Republik »staatsbürgerlich erziehen« müsse: »Je besser ihr dies gelingt, umso gesicherter ihr Bestand.«¹¹

Der Zusammenhang von Erziehung und Demokratie war auch ein Thema der Festschrift zu zehn Jahren Schulreform, in der ein wichtiger Mitstreiter Otto Glöckels, der Pädagoge Viktor Fadrus, schrieb, dass die Demokratie »nur dann als kulturbringender Faktor bestehen« könne, »wenn für eine umfassende und systematische Schul- und Volksbildung gesorgt ist«. Fadrus folgerte daraus: »Schulreform ist die Vorbedingung des Bestandes und des Erfolges einer demokratischen Verwaltung.«¹²

Die Demokratie war also der »Auslöser und Startpunkt« der Schulreform, zugleich war die Schulreform wiederum ein Instrument der Demokratisierung der Gesellschaft.¹³ 1927 kam es schließlich zum Schulkompromiss zwischen der Bundesregierung und Wien: Gewisse Kernelemente der Schulreform, etwa der Arbeitsunterricht oder der Gesamtunterricht, blieben zwar erhalten. Gleichzeitig wurde die Hauptschule aber eben nicht als Einheitsschule geführt, sondern sie trat – versehen mit zwei Klassenzügen – dauerhaft neben das Gymnasium.

Das Thema Bildung kann freilich nicht alleine auf die Schule reduziert werden. Die Volksbildung war insbesondere in Wien schon

9 Leopold Scheuch, Die Demokratisierung unseres Schulwesens, in: *Volkserziehung*, 1919/10, S. 2–27, hier S. 3.

10 Oskar Negt, *Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform*. Göttingen 2010, S. 13.

11 Leopold Scheuch, Zur Frage der staatsbürgerlichen Erziehung (1927), in: Ders.: *Zur Praxis der neuen Schule. Wege der Verwirklichung*. Wien 1933, S. 22.

12 Viktor Fadrus, Zehn Jahre Schulreform und Schulpolitik in Österreich. Rückblick und Ausblick. In: *Zehn Jahre Schulreform in Österreich. Eine Festgabe*. Wien 1929, S. 9–59, hier S. 26.

13 Wilfried Göttlicher / Reinhold Stipsits, Schulreform als »Tor der Zukunft«. Otto Glöckels Schulreform 1919–1934, in: Lothar Bönisch / Leonhard Plakolm / Natalia Waechter (Hg.): *Jugend ermöglichen. Zur Geschichte der Jugendarbeit in Wien*. Wien 2015, S. 78–100, hier S. 83. Vgl. dazu auch: Wilfried Göttlicher, Das Rote Wien – eine »Musterschulstadt«, in: Werner Michael Schwarz / Georg Spitaler / Elke Widal (Hg.), *Das Rote Wien. Ideen, Debatten, Praxis*. Basel 2019, S. 96–103.

um die Jahrhundertwende ein wichtiger Teil des Bildungswesens.¹⁴ So hielten im Rahmen des Modells der »Volkstümlichen Universitätskurse« Professoren der Universität – der Allgemeinverständlichkeit verpflichtet – Vorträge außerhalb derselben für Interessierte. Auch wichtige Häuser der Volksbildung wie die Urania oder das Volksheim Ottakring wurden in dieser Zeit gegründet. Wenngleich sich diese Institutionen einer gewissen Demokratisierung des Wissens verpflichtet fühlten (Stichwort »Wissen für alle«), waren unmittelbar politische Themen nur selten in den Programmen zu finden. Das änderte sich zumindest teilweise in der Ersten Republik, als auch heute noch bekannte Wissenschaftler wie Hans Kelsen oder Otto Neurath in Volksbildungsveranstaltungen wiederholt politisch relevante Themen ansprachen, etwa Fragen der Demokratie und der Verfassung oder auch alternative Wirtschaftsordnungen.

Von der Volksbildung unterschieden werden muss, trotz einzelner Überschneidungen, der Bereich der Arbeiterbildung. Die Arbeiterbewegung war historisch eng mit Bildung verbunden, Arbeiterbildungsvereine spielten insbesondere in ihren Anfängen eine Schlüsselrolle. Ihr großes politisches Projekt vor 1918 war die Erreichung des allgemeinen Wahlrechts. Bildung wurde in diesem Zusammenhang *auch* als ein Instrument der Vorbereitung auf dieses Wahlrecht interpretiert.

Theoretisch zeichnete sich der sogenannte Austromarxismus, also die politische Theorie und Programmatik der damaligen Sozialdemokratie, durch eine eigene sozialistische Erziehungstheorie aus. Ziel war es, die *politische* Demokratie zu einer *sozialen* Demokratie auszubauen und dabei spielten Erziehung und Bildungsarbeit eine Rolle.¹⁵ In der Ersten Republik kam es zu einem systematischen Ausbau der Arbeiterbildung. Die Bildungsinstitutionen der SDAP umfassten ein hierarchisch gegliedertes System, das aus Arbeiterschulen, Parteischulen und, an der Spitze, der Arbeiterhochschule bestand.¹⁶ Zu-

14 Wilhelm Filla, *Wissenschaft für alle – ein Widerspruch? Bevölkerungsnaher Wissenstransfer in der Wiener Moderne. Ein historisches Volksschulmodell*. Innsbruck, Wien, München 2001.

15 Max Adler, *Neue Menschen. Gedanken über sozialistische Erziehung*. Berlin 1924. Ders., *Politische oder soziale Demokratie*. Berlin 1926. *Bildungsarbeit* war auch der Name einer sozialdemokratischen Fachzeitschrift für das Bildungswesen.

16 Josef Weidenholzer, *Auf dem Weg zum »Neuen Menschen«*. *Bildungs- und Kulturarbeit der österreichischen Sozialdemokratie in der Ersten Republik*. Wien 1981.

sätzlich wurde die Gewerkschaftsschule ins Leben gerufen. Damit wurde einerseits darauf reagiert, dass die bestehenden Bildungseinrichtungen und vor allem die höhere Bildung den ArbeiterInnen nicht offenstanden. Andererseits sollten die Einrichtungen der Arbeiterbildung auch Grundsätze der sozialistischen Theorie vermitteln und FunktionärInnen für Partei und Gewerkschaft ausbilden.

Das Ende der Demokratie bedeutete das vorläufige Ende einer demokratisch orientierten Bildung. Der Austrofaschismus festigte in einem »Staatsstreich auf Raten« (Peter Huemer) seine Macht. Spätestens mit der Maiverfassung 1934, in der das Recht nicht mehr vom Volk, sondern von Gott ausging, und in der das Wort Republik konsequenterweise nicht mehr vorkam, war die demokratische Republik definitiv zu Ende. Otto Glöckel kam zunächst ins Anhaltelager Wöllersdorf und starb kurz nach seiner Freilassung im Juli 1935. Nach dem »Anschluss« Österreichs an NS-Deutschland 1938 folgte die totalitär ausgerichtete Erziehungs- und Indoktrinationspolitik des Nationalsozialismus.

Demokratieerziehung und politische Bildung in der Zweiten Republik

Die bildungspolitische Entwicklung in den Jahren nach 1945 verlief in Österreich anders als in Deutschland. Zu einem umfassenden und nachhaltig wirksamen Programm der Demokratieerziehung ist es trotz anfänglicher Bemühungen, vor allem seitens der US-Alliierten, nicht gekommen.¹⁷ Im Erlass »Allgemeine Richtlinien für Erziehung und Unterricht an Österreichs Schulen« vom 3. September 1945 wurde eine Erziehung zu »demokratischem Denken« und, damit verbunden, eine Abkehr von einseitigem Frontalunterricht angekündigt. Gleichzeitig sollte an Stelle des »überheblichen deutschen Nationalismus« ein »österreichisches Volks- und Staatsbewußtsein treten«, »statt falscher Herrlichkeit des Führertums« »die Überlegenheit der

Jüngst: Sabine Lichtenberger, »Neues Wissen, neue Kultur! Bildungseinrichtungen der SDAP in den Jahren 1918 bis 1933 und ihre AkteurInnen, in: Werner Michael Schwarz / Georg Spitaler / Elke Widal (Hg.), *Das Rote Wien. Ideen, Debatten, Praxis*. Basel 2019, S. 126–131.

17 Edith Blaschitz, »Mit deinen Altersgefährten wirst du an Österreich weiterbauen«. Österreichische und alliierte Bildungsmaßnahmen zur Demokratisierung von Kindern und Jugendlichen (1945–1955), in: *Medienimpulse. Beiträge zur Medienpädagogik*, Nr. 50/2004, S. 15–23, hier S. 23.

echten Demokratie« gezeigt werden.¹⁸ Politisch verantwortlich für diesen Erlass war Staatssekretär Ernst Fischer (KPÖ). Er stand allerdings nur für kurze Zeit an der Spitze des Staatsamts, das für Volksaufklärung, Unterricht und Erziehung sowie für Kultusangelegenheiten zuständig war.

Nach dem Rücktritt von Ernst Fischer waren es durchwegs Minister der ÖVP, vor allem Felix Hurdes (1945–1952) und Heinrich Drimmel (1954–1964), die in der österreichischen Bildungspolitik bestimmend waren. Unter ihnen sollte vor allem identitätspolitisch am Aufbau eines »Österreichertums« gearbeitet werden. Der Demokratiebegriff hingegen wurde weder im Unterricht noch im Schulleben mit Leben erfüllt. Der »Erlass zur Staatsbürgerlichen Erziehung« von 1949 definierte es als Aufgabe der Schule, SchülerInnen zu »funktionierenden«, »treuen und tüchtigen« BürgerInnen zu erziehen. Hinzu kam die gewünschte »Weckung und Pflege des österreichischen Heimat- und Kulturbewusstseins (Heimaterziehung)«. ¹⁹ Die personellen und inhaltlichen Kontinuitäten zur Diktatur der Jahre 1933/34 bis 1938 blieben weitgehend unhinterfragt. ²⁰ In der Ministerialbürokratie des Unterrichtsministeriums saßen nach 1945 vielfach ehemalige Funktionäre des politischen Katholizismus und Austrofaschismus in entscheidenden Positionen. Der erwähnte Heinrich Drimmel, ein Katholisch-Nationaler, der im Austrofaschismus ein führender Hochschulpolitiker gewesen war, ist ein gutes Beispiel dafür. ²¹

Insgesamt war die Bildungspolitik der Zweiten Republik durch die von 1947 bis 1966 regierende Große Koalition aus ÖVP und SPÖ geprägt. In Analogie zur Sozialpartnerschaft wurde der Begriff einer Bildungspartnerschaft ins Spiel gebracht. Themen wie jenes der Gesamtschule blieben kontrovers und keine Partei konnte ohne die Zu-

18 Vgl. Heinz P. Wassermann, Was zuerst: Patrioten oder Demokraten? Schulwesen und geistiger Wiederaufbau zwischen 1945 und 1955, in: Helmut Wohnout (Hg.), *Demokratie und Geschichte*. Wien, Köln, Weimar 2000, S. 157–172, hier S. 161.

19 Zit. n. Andrea Wolf, Zur Geschichte der politischen Bildung an Österreichs Schulen, in: Dies.: *Der lange Anfang. 20 Jahre »Politische Bildung in den Schulen«*. Wien 1998, S. 13–74, hier S. 25.

20 Günther Sandner, Kleine Schritte – Vorwärts und zurück. Zur Geschichte der politischen Bildung in Österreich, in: FIPU (Hg.), *Rechtsextremismus – Band 2: Prävention und politische Bildung*. Wien 2016, S. 20–38, hier S. 33–35.

21 Klaus Taschwer, *Hochburg des Antisemitismus. Der Niedergang der Universität Wien im 20. Jahrhundert*. Wien 2015, S. 266–269.

stimmung der anderen wesentliche schulpolitische Akzente setzen. Im Schulorganisationsgesetz (SchOG) von 1962 ist unter § 2 davon die Rede, dass die »jungen Menschen [...] zu gesunden, arbeitstüchtigen, pflichttreuen und verantwortungsbewussten Gliedern der Gesellschaft und Bürgern der demokratischen und bundesstaatlichen Republik Österreich herangebildet werden« sollen.²² Ein spezifischer Auftrag zur politischen Bildung wurde daraus nicht abgeleitet. Die Idee, Schulgesetze über eine notwendige Zweidrittelmehrheit vor dem Zugriff durch nur eine der beiden Großparteien zu sichern, war von der SPÖ im Sinne eines Schutzes vor konservativer oder reaktionärer Schulpolitik begriffen worden. Als die Partei von 1970 bis 1983 die Alleinregierung stellte, war dies klarerweise ein Nachteil. Erstmals seit Otto Glöckel war das Unterrichtsministerium wieder in sozialistischer Hand – aber für die Einführung einer Gesamtschule reichte die einfache Mehrheit im Nationalrat nicht aus und hätte es der Zustimmung der ÖVP bedurft. Die SPÖ startete zur Zeit ihrer Alleinregierung aber einige Gesamtschulversuche, die freilich fast ausschließlich von Hauptschulen durchgeführt wurden, und griff den Gedanken einer Demokratisierung des Schulsystems wieder auf. Durch das Schulunterrichtsgesetz (SchUG) 1974 wurde etwa der Schulgemeinschaftsausschuss (SGA), bestehend aus LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen, gegründet, der allerdings hauptsächlich über Beratungskompetenz verfügte. Erst 2005 wurde im Nationalrat beschlossen, dass eine Zweidrittelmehrheit für Schulgesetze nicht mehr erforderlich ist, doch ausgerechnet das »differenzierte Schulsystem« – also die Gesamtschulfrage – blieb von dieser Änderung ausgenommen.²³

Ein entscheidendes Thema für das Verhältnis von Bildung und Demokratie ist die politische Bildung. Die ehemalige Bürgerkunde an den Schulen war 1955 zu einer Staatsbürgerkunde geworden, die weder modern war noch irgendeine Aufbruchsstimmung signalisierte. »Bei dieser Staatsbürgerkunde«, schreibt der Politikwissenschaftler Herbert Dachs, »überwog [...] eindeutig der formale, auf Instituti-

22 Zit. n. Helmut Seel, *Einführung in die Schulgeschichte Österreichs*. Innsbruck, Wien 2010, S. 79.

23 Ebd., S. 94. Hans Pechar, Österreichische Bildungspolitik seit den 1990er Jahren, in: Gernot Heiss (Hg.), *Tschechien und Österreich nach dem Ende des Kalten Krieges. Aufgetrennten Wegen ins neue Europa*. Ústí nad Labem 2009, S. 155–178, hier S. 167.

onenkunde abgestellte Unterricht.«²⁴ Der Wunsch des damaligen Unterrichtsministers Fred Sinowatz, ein eigenes Unterrichtsfach Politische Bildung zu etablieren, scheiterte an Widerständen und unterschiedlichen Interessen. 1978 kam es allerdings nach langen Verhandlungen zum »Grundsatzterlass Politische Bildung«, der die politische Bildung als Unterrichtsprinzip im österreichischen Schulsystem verankerte. Trotz des ambitionierten und gut begründeten Anspruchs des Erlasses zeigte sich jedoch immer wieder, dass seine Ergebnisse ungenügend blieben.²⁵ Nur wenige engagierte LehrerInnen bemühten sich redlich, doch die überwiegende Mehrheit der SchülerInnen wurde kaum mit politischer Bildung konfrontiert.

Die Entstehung und die letztlich kompromisshaften Ausformulierung dieses Grundsatzterlasses waren von einer Reihe heftiger, hochgradig ideologisch aufgeladener Kontroversen begleitet.²⁶ Ein eigenes Unterrichtsfach Politische Bildung wurde von verschiedenen Seiten abgelehnt. Überspitzt formuliert: Während die politische Rechte eine Anleitung zur Revolution befürchtete, sorgte sich die Linke um die Beeinflussung der Schulkinder durch konservative LehrerInnen. Auch Elternverbände und berufsspezifische Interessen, etwa die Angst der Lehrenden bestimmter Fächer, durch Politische Bildung Stunden zu verlieren, spielten eine erhebliche Rolle. Trotz mancher Änderungen – der Grundsatzterlass wurde 2015 neu formuliert und es gab verschiedene Änderungen in den Lehr- und Studienplänen – hat sich an dieser Situation grundsätzlich bis heute nichts geändert.

Natürlich spielt politische Bildung nicht nur in der Schule eine Rolle. So tauchen Fragen der Demokratie, der Partizipation oder der Zeitgeschichte auch in den Programmen der gewerkschaftlichen Bildung, der Volkshochschulen oder anderer Bildungsinstitutionen immer wieder auf. Darüber hinaus gibt es Einrichtungen, die explizit politische Bildungsarbeit leisten, etwa das Demokratiezentrum Wien,

24 Herbert Dachs, Der sieche Prometheus. Österreichs Politische Bildung in den Mühen der Ebene, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 25 (1996) 1, S. 5–18, hier S. 8.

25 Kathrin Hämmerle / Günther Sandner / Hubert Sickinger, Politische Bildung in der Perspektive von Lehramtsstudierenden, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft*, 38 (2009) 3, S. 357–372.

26 Herbert Dachs, Politische Bildung in Österreich – ein historischer Rückblick, in: Cornelia Klepp / Daniela Rippitsch (Hg.), *25 Jahre Universitätslehrgang Politische Bildung in Österreich*. Wien 2008, S. 17–34. Sandner, Kleine Schritte.

das Zentrum Polis oder die Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung. Insgesamt ist dieser Sektor jedoch mit nur geringen Ressourcen ausgestattet und die meisten Deklarationen zur Bedeutung der politischen Bildung seitens parteipolitischer AkteurInnen haben sich letztlich als bloße Lippenbekenntnisse erwiesen.

Zukunftsfähigkeit der Demokratie

Vor einigen Jahren beklagte der deutsche Sozialphilosoph Axel Honneth in einem Essay im Hamburger Wochenmagazin *Die Zeit*, dass politische Philosophie und Pädagogik sich kaum mehr aufeinander bezögen, sich nichts mehr zu sagen hätten, obwohl doch Fragen der Erziehung für die Demokratietheorie einen zentralen Stellenwert besäßen. »Jede Vorstellung davon, dass eine vitale Demokratie durch Bildungsprozesse ihre eigenen kulturellen und moralischen Bestandsvoraussetzungen stets wieder erst erzeugen muss, ist der politischen Philosophie abhandengekommen«, stellte Honneth fest. Schulbildung und vor allem auch das Schulsystem, für das sich eine Gesellschaft entscheidet, wären also demokratiepolitisch von großer Bedeutung. Bei allen Leistungsvergleichen würden stets jene Schulsysteme die besten Ergebnisse erzielen, in denen die SchülerInnen so lange wie nur möglich in einer einzigen Schulgemeinschaft zusammenblieben, in denen Test- und Prüfungsverfahren auf das erforderliche Minimum reduziert und in denen schließlich die Hoheit über die Unterrichtsgestaltung allein einer mit den SchülervertreterInnen eng kooperierenden Lehrerschaft gehörte. Doch empirische Evidenz führt nicht immer zum politischen Konsens. Der immer wieder aufbrechende »Konflikt um das Schulsystem« sei »immer auch ein Kampf um die Zukunftsfähigkeit von Demokratien«. ²⁷

27 Axel Honneth, Die verlassene Schule der Demokratie, in: *Die Zeit*, 14. Juni 2012.